

NÖCHTEN *heute*

DAS AKTUELLE NACHRICHTENBLATT IM ZEITALTER DER ENERGIEWENDE



**Mit Pödelwitz ging
man genauso um**
SEITE 2

**Sonderfeld Mühlrose:
Wer entscheidet wann?**
SEITE 4-5

**Was das Ergebnis der
Kohlekommission für
Mühlrose bedeutet**
SEITE 6

SONDERHEFT

Mühlrose



Bild: Oliver Hach

»Mit Pödelwitz ging man genauso um«

VON JENS HAUSNER

Sehr geehrte Mühlroser Bürgerinnen und Bürger,

mein Name ist Jens Hausner und ich lebe in Pödelwitz. Wir hier im Mitteldeutschen Revier haben sehr genau verfolgt, was bei Euch in Mühlrose passiert und mussten feststellen, dass man mit Euch genauso umgeht, wie mit uns Einwohnerinnen und Einwohnern in Pödelwitz.

Obwohl es noch kein Planfeststellungsverfahren und geschweige denn einen Planfeststellungsbeschluss zur bergbaulichen Inanspruchnahme von Mühlrose gibt, unterzeichnet man einen Umsiedlungsvertrag und löst eine riesige PR-Kampagne aus, mit der Aussage: Mühlrose wird umgesiedelt und danach abgebaggert. Genauso geschah es 2012 bei uns in Pödelwitz. Auch wir wussten damals nicht so recht mit dieser Situation umzugehen, fühlten uns ohnmächtig, auch weil das Bergbauunternehmen zur damaligen Zeit zusammen mit der Landesregierung beim Thema »Pödelwitz« die gefühlte Medienhoheit besaß. – Also alles genau wie jetzt bei Euch.

Heute, fast sieben Jahre später, haben wir dazugelernt und möchten Euch Mühlrosern den Rücken stärken. Diejenigen, die umsiedeln wollen, haben mit der Unterzeichnung des Umsiedlungsvertrages jetzt die Möglichkeit, den Ort zu ver-

lassen. Genau wie der Wunsch des Bleiben-Wollens ist jener, sich eine neue Heimat zu suchen, mit Respekt und Rücksicht zu behandeln. Aus meiner Sicht gibt es in dieser Frage kein Richtig oder Falsch. Jeder trifft seine Entscheidungen für sich und sein eigenes Leben. Wer sollte darüber urteilen dürfen? In Pödelwitz ist dieser Umsiedlungsprozess mittlerweile abgeschlossen. In unserem Dorf leben wir gemeinsam mit Menschen, die sich trotz allem zum Bleiben entschieden haben.

Was macht uns so sicher, dass Pödelwitz erhalten bleibt? Es gibt nach wie vor keine Genehmigung für die Abaggerung unserer Heimat. Sollte sie dennoch erteilt werden, würden wir diese umgehend mit einem Klagebündnis verschiedener Akteure anfechten. Der Plan der MIBRAG und der Landesregierung von Sachsen uns bleibewillige Pödelwitzer mürbe zu machen, so dass wir freiwillig umsiedeln, geht damit nicht mehr auf. Und sollten wir tatsächlich gezwungen werden, den Klageweg zu beschreiten, sind wir uns sicher, dass die Entscheidungen der Gerichte zu unseren Gunsten ergehen.

Warum glauben wir so fest an unseren Erfolg? Wenn man für ein Vorhaben zur Gewinnung von Braunkohle Menschen aus ihrem Zuhause vertreiben möchte, die nicht freiwillig umsiedeln wollen, kann man sie in Deutschland nur über ein Grundabtretungsverfahren (Enteignungsverfahren) dazu zwingen.

Laut Artikel 14 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland aber sind Enteignungen »...nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.« Alle bisherigen Enteignungen zugunsten der Braunkohleförderung wurde damit begründet, dass die Energieversorgung aus ebenjener Braunkohle dem Gemeinwohl dient.

Aber spätestens seit den Beschlüssen der Pariser UN-Klimakonferenz von 2015, welche von Deutschland mit unterzeichnet wurden, und spätestens nach dem noch für dieses Jahr angekündigten Beschluss der Bundesrepublik Deutschland zum Kohleausstieg, sind bzw. werden neue Gemeinwohlziele definiert. Eines davon ist die Einhaltung des Pariser Klimazieles zur maximalen Erderwärmung von 1,5°. Ein anderes wird der Kohleausstieg per Gesetz sein.

Ein Gemeinwohlziel dagegen, das auf der Schädigung der Lebensgrundlage für nachfolgende Generationen basiert, kann nicht gleichzeitig nebenher existieren. Unter dieser Einschränkung entfällt das juristische Fundament bisheriger Enteignungen zum Zwecke der Braunkohlenförderung. Neueste Rechtsgutachten kommen daher zu dem Ergebnis, dass künftig Enteignungen zugunsten der Braunkohleförderung in Deutschland als verfassungswidrig gelten werden und damit unzulässig sind.

Aus meiner Beobachtung heraus schauen die Umweltverbände in



Deutschland sehr genau darauf, was jetzt bei Euch in Mühlrose passiert. Deshalb bin ich mir absolut sicher, dass ihr von all diesen Organisationen jedewede Unterstützung erhalten werdet, sollte es tatsächlich zu einer bergbaulichen Genehmigung für die Inanspruchnahme der Ortslage Mühlrose durch das Oberbergamt Freiberg kommen. Darum, liebe Mühlroser Einwohnerinnen und Einwohner, lasst Euch nicht von LEAG und Landesregierung veralbern. Wer in Mühlrose wohnen bleiben möchte, der wird dies, davon bin ich absolut überzeugt, sein Leben lang tun können.

Wir Pödelwitzer Einwohnerinnen und Einwohner stehen an der Seite der Mühlroser. Wir werden Euch begleiten und unterstützen, so gut es uns möglich ist. Für mehr Informationen, Kontakt und Austausch wendet Euch bitte an unsere Bürgerinitiative „Pro Pödelwitz« (www.pro-poedelwitz.de) oder an das Bündnis „Strukturwandel Jetzt – Kein Nochten II«.

Bis dahin verbleibe ich mit den Allerbesten Grüßen aus Pödelwitz
Jens Hausner



Jens Hausner ist Sprecher der Bürgerinitiative »Pro Pödelwitz«



Wir haben noch freie Plätze (Kl.1-3),
mehr Infos unter
www.fas-weisswasser.de
kontakt@fas-weisswasser.de

Freie
Alternativschule
Weisswasser

Sonderfeld Mühlrose: Wer entscheidet wann?

VON DIPL.-ING. (FH) RENÉ SCHUSTER

Braunkohlenplan: Alles wieder auf Anfang

In einem Braunkohlenplan legt der Staat ein Gebiet fest, in dem der Kohleabbau Vorrang vor anderen Nutzungen haben soll. Der Plan richtet sich an Behörden und Gemeinden, der Tagebaubetreiber hat damit noch keine Genehmigung in der Tasche.

2014 genehmigte das Staatsministerium des Innern den vom Regionalen Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien aufgestellten Braunkohlenplan, in dem die Abbaggerung des Abbaugebietes »Nochten II« geregelt war. Nachdem 2016 der Vattenfall-Konzern die Lausitzer Tagebaue und Kraftwerke verkaufte, verzichtete der neue Eigentümer LEAG in seinem Revierkonzept vom März 2017 auf den größten Teil des Abbaugebietes II. Damit ist die Umsiedlung von Mulkwitz und Rohne vom Tisch, während das Unternehmen am Abbau des Sonderfeldes Mühlrose festhält.

Das Revierkonzept stellt aber nur die Wünsche des Unternehmens dar, der Braunkohlenplan muss dagegen abwägen, was davon auch dem Wohl der Allgemeinheit dient. Am 22. Juni 2017 beschloss der Planungsverband den Braunkohlenplan erneut fortzuschreiben – auf Grund der »deutlich geänderten energiepolitischen Rahmenbedingungen«. Hierin soll die Inanspruchnahme des Sonderfeldes Mühlrose geregelt werden. Das ist keine reine Formsache, so muss zum Beispiel die Bergbaufolgelandschaft völlig umgeplant werden, etwa die Lage und Größe des Restsees.

Planentwurf und Umweltprüfung werden erst noch erstellt. Danach können Öffentlichkeit und betroffene Bürgerinnen und Bürger Stellungnahmen abgeben. Um die Umsiedlung eines Dorfes im Braunkohlenplan festzulegen, muss zwingend die energiepolitische Notwendigkeit nachgewiesen werden. Der Planungsverband wird vermutlich die Verabschiedung des geplanten

Kohleausstiegsgesetzes im Bundestag abwarten müssen, um zu klären, ob er den Plan überhaupt noch begründen kann.

Sonderfeld Mühlrose bergrechtlich noch gar nicht beantragt

Betriebspläne nach dem Bundesberggesetz müssen vom Tagebaubetreiber beantragt und vom Bergamt genehmigt werden, bevor gebaggert werden darf. Der Rahmenbetriebsplan beschreibt das Gesamtvorhaben, zu dessen Umsetzung alle zwei Jahre Hauptbetriebspläne aufgestellt und zugelassen werden müssen. Bisher existiert eine Zulassung nur für Nochten I. Für das Abbaugebiet »Nochten II« hatte Vattenfall im Oktober 2014 einen Rahmenbetriebsplan-Zulassungsantrag eingereicht, es kam jedoch nicht mehr zu einer Genehmigung. Am 11. Dezember 2017 nahm die LEAG den Antrag formell zurück, da sie inzwischen auf den Großteil des Abbaugebietes verzichtet hatte. Das Verfahren ist damit beendet.

Zur Abbaggerung des Sonderfeldes Mühlrose ist daher ein neuer Antrag der LEAG notwendig, der bis heute (Stand Mitte 2019) nicht vorliegt. Die Zulassung eines Rahmenbetriebsplanes bedeutet ein aufwendiges Genehmigungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung, Beteiligung der Öffentlichkeit und Erörterungstermin. Sollte der Antrag jemals gestellt werden, dauert es mindestens zwei Jahre bis zu einer Genehmigung, oft dauern solche Verfahren aber deutlich länger.

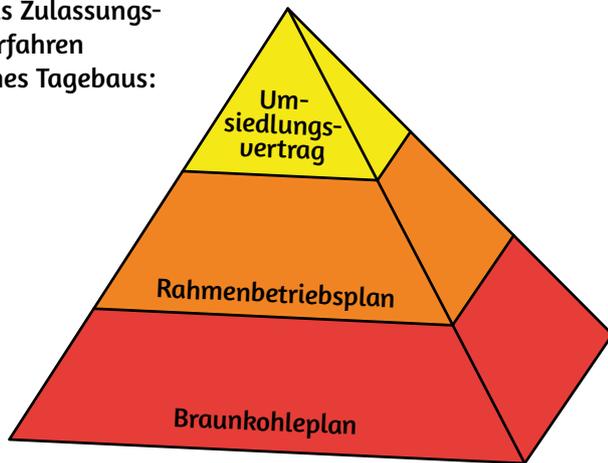
Ohne Genehmigung kein Druckmittel

Das wichtigste Druckmittel eines Kohlekonzerns zur Durchsetzung eines Tagebaues ist die im Bundesberggesetz geregelte »Grundabtretung«. Nur mit diesem Verfahren könnte die Bergbehörde auf Antrag der LEAG Grundstücke für die Durchführung eines Bergbauvorhabens enteignen. Ohne einen planfestgestellten Rah-

Bild: Wikimedia Commons / Gunther Tschuch



Das Zulassungsverfahren eines Tagebaus:



So ist es gedacht ...

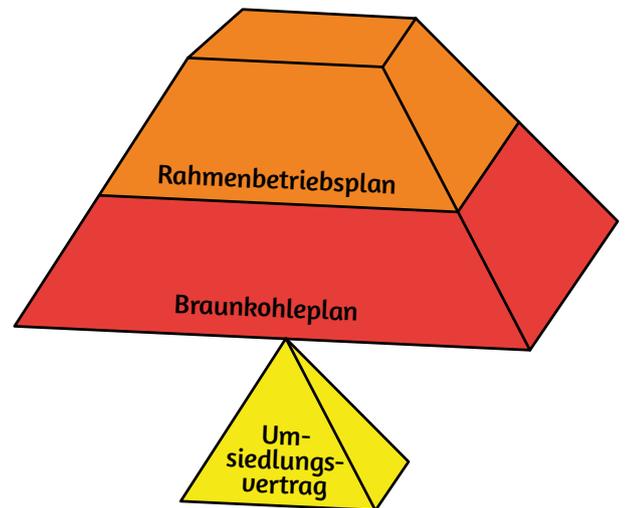
menbetriebsplan ist ein Grundabtretungsantrag aber völlig aussichtslos und würde von der LEAG gar nicht erst gestellt werden. Inzwischen zweifeln Juristen auch bei genehmigten Tagebauen an, ob sich Grundabtretungen noch durchsetzen lassen.¹

Wer ein Grundstück im Sonderfeld Mühlrose besitzt, kann sich also frei entscheiden, ob er es an die LEAG verkaufen oder behalten möchte. Er kann die Entscheidung über den noch gar nicht beantragten Rahmenbetriebsplan abwarten und sie durch Abgabe von Stellungnahmen im Plan- und Genehmigungsverfahren selbst beeinflussen.

Was der Umsiedlungsvertrag nicht ist

Am 28. März 2019 wurde ein Umsiedlungsvertrag zwischen LEAG und Gemeinde Trebendorf unterzeichnet. Denen, die aus persönlichen Gründen Mühlrose verlassen möchten, weil sie beispielsweise den Ort aufgrund des laufenden Tagebaubetriebes im Abbauggebiet »Nochten I« nicht mehr als lebenswert empfinden, ermöglicht er eine Umsiedlung auf Kosten des Bergbautreibenden. Das ist allerdings auch das **Einzige**, was mit diesem Vertrag entschieden ist. Der Vertrag verpflichtet niemanden, an der angebotenen Umsiedlung teilzunehmen. Als privatrechtlicher Vertrag kann er weder eine Entscheidung im Braunkohlenplanverfahren ersetzen, noch die fehlende Zulassung des Tagebaues im Sonderfeld Mühlrose. Jeder Grundbesitzer kann und muss selbst entscheiden, ob er ebenfalls einen Vertrag mit der LEAG schließen möchte. Weder LEAG noch Gemeinde dürfen Menschen unter Druck setzen, einen solchen privaten

¹ Rechtsanwalt Dirk Teßmer schreibt dazu in einem Gutachten: »Selbst bei Vorliegen eines Rahmenbetriebsplanes muss im Einzelfall entschieden werden, ob das Allgemeinwohl die Grundabtretung erfordert. Eine Kohleförderung, die nicht mit völkerrechtlich verbindlichen Klimaschutzziele vereinbar ist, wird dies nicht nachweisen können.« (Rechtsgutachten »Beschränkung von Enteignungsmöglichkeiten für Braunkohletagebaue durch Klimaschutzvorgaben«, Rechtsanwalt Dirk Teßmer, 03.06.2019)



... und das passiert gerade in Mühlrose

Umsiedlungsvertrag zu unterzeichnen. **Wer das Ergebnis der rechtsstaatlichen Verfahren zu Braunkohlenplan und Rahmenbetriebsplan abwarten möchte, darf dafür nicht schlechter gestellt werden.**

Bestandsaufnahmen – kein Grund zur Eile

Eine Bestandsaufnahme des Grundstückes dient der Vorbereitung der Umsiedlungsverhandlungen. Wer nicht zeitnah in konkrete Verhandlungen treten möchte, muss sie nicht gestatten. Es dürfen ihm dadurch auch keine Nachteile entstehen, falls er sich später noch für eine Umsiedlung entscheidet. Aber auch wer die Bestandsaufnahme bereits durchführen ließ, kann alle weiteren Verhandlungsschritte aussetzen und abwarten ob der Tagebau im Sonderfeld genehmigt wird.

Fazit: Von den nötigen rechtlichen Grundlagen für das Sonderfeld Mühlrose liegt bisher keine einzige vor. Wer bleiben will, sollte sich im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zu Braunkohlenplan und Rahmenbetriebsplan mit Einwendungen für die Erhaltung seines Ortes aussprechen. Nur falls ein Rahmenbetriebsplan für das Sonderfeld Mühlrose in einigen Jahren tatsächlich genehmigt werden sollte, stehen Bleibewillige vor der Entscheidung, sich entweder vor Gericht zu wehren oder das Ergebnis des Verfahrens zu akzeptieren und umzusiedeln. Dass diese Situation eintritt, ist mit dem Ergebnis der Kohlekommission sehr viel unwahrscheinlicher geworden.

Dipl. Ing. (FH) René Schuster ist Mitglied des Braunkohlenausschusses des Landes Brandenburg.

Regelmäßige aktuelle Informationen zur Braunkohle-Debatte gibt es im Lausitzer Kohle-Rundbrief, der auf www.kein-tagebau.de abonniert werden kann.

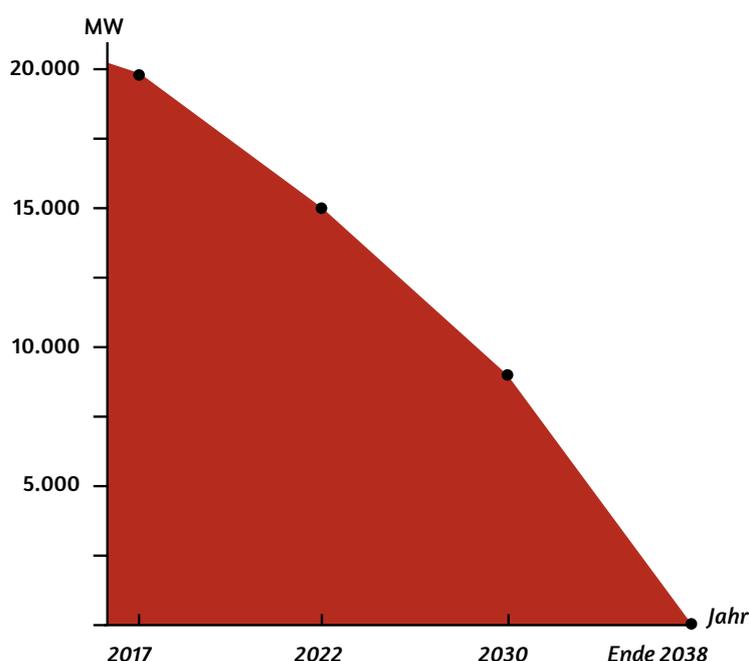
Was das Ergebnis der Kohlekommission für Mühlrose bedeutet

VON HANNELORE WODTKE

Der Kohlekommission (eigentlich »Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«) hat Ende Januar 2019 einen Ausstiegsfahrplan für die Braunkohle in Deutschland vorgeschlagen, an dem sich die Politik orientieren wird. Die Bundesregierung hatte der Kommission dazu drei Aufgaben gestellt: Erstens sollten Sofortmaßnahmen benannt werden, um dem Klimaschutzziel für 2020 möglichst nahe zu kommen. Zweitens sollte das Klimaziel 2030 sicher erreicht und drittens ein Enddatum für die Kohleverstromung in Deutschland festgelegt werden.

Relativ schnell wurde bekannt, dass Sofortmaßnahmen vor allem im rheinischen Kohlerevier stattfinden sollen, der Zeitraum dafür wurde bis 2022 ausgeweitet. Für 2030 hat die Kommission festgelegt, dass dann noch 8 Gigawatt Steinkohle- und 9 Gigawatt Braunkohlekraftwerke in Betrieb sein sollen. 2038 soll die Kohleverstromung in Deutschland beendet sein. Es soll rechtzeitig geprüft werden, ob das auch auf 2035 vorgezogen werden kann.

Installierte Kapazität an Braunkohlekraftwerken bundesweit



Was bedeutet das für die Lausitz?

In den Kraftwerkskapazitäten, die 2030 noch existieren sollen, sind die zu DDR-Zeiten errichteten 500 Megawatt-Blöcke in Jänschwalde und Boxberg eindeutig nicht mehr enthalten. Dadurch und weil auch die neueren Kraftwerksblöcke spätestens 2038 wegfallen, wird insgesamt bereits deutlich weniger Kohle benötigt, als noch im Revierkonzept der LEAG von 2017 vorgesehen. Wann die alten Blöcke konkret abgeschaltet werden, sagt der Bericht der Kommission nicht direkt. Die Kommission will aber, dass die Kraftwerkskapazitäten zwischen 2023 und 2030 »möglichst stetig« reduziert werden. Das würde bedeuten, dass nicht etwa alle diese Blöcke bis 2029 laufen. Wenn sie im Laufe der 2020er Jahre nacheinander abgeschaltet werden, reduziert sich der Kohlebedarf noch weiter. Die Tabelle vergleicht das »Revierkonzept« mit den Vorschlägen der Kohlekommission.

Lausitzer Kohlekraftwerke	Laufzeit nach Revierkonzept der LEAG*	Laufzeit nach Empfehlungen der Kohlekommission
500 MW-Blöcke Jänschwalde E und F zusammen 1.000 MW	Sicherheitsbereitschaft ab Herbst 2018/19, endgültige Stilllegung 2022/23	identisch
500 MW-Blöcke Jänschwalde A, B, C, D Boxberg N, P zusammen 3.000 MW	Bis ca. 2033	Stilllegung zwischen 2022 und 2030 (Reduktion »möglichst stetig«)
Kraftwerk Schwarze Pumpe zusammen 1.600 MW	Bis ca. 2045	Stilllegung spätestens 2038
Boxberg, neue Blöcke (Q, R) zusammen 1.575 MW	Bis ca. 2050	Stilllegung spätestens 2038

* LEAG-Revierkonzept nach Präsentation im Braunkohlenaus-schuss des Landes Brandenburg am 16. Mai 2017, Folie 30

Ein Abbau des Sonderfeldes Mühlrose wird deshalb letztlich nicht mehr gebraucht, wahrscheinlich können sogar noch genehmigte Abbaufelder verkleinert werden. Den konkreten Abschaltplan soll die Bundesregierung mit den Kraftwerksbetreibern bis Juni 2020 aushandeln. Kommt es zu keiner Einigung, sollen gesetzliche Vorschriften den Kohleausstieg regeln. Bis Juni 2020 wird weder das begonnene Verfahren zur Überarbeitung des

Braunkohlenplanes Nochten abgeschlossen, noch ein Rahmenbetriebsplan genehmigt sein. Beide Verfahren könnten also letztlich mit dem Verzicht auf das Sonderfeld enden.

Das große Versäumnis der Kohlekommission ist, dass sie keine klaren Worte für den Erhalt bedrohter Dörfer und den Verzicht auf neue Abbaugelände gefunden hat. Das hätte schneller Klarheit und Planungssicherheit für alle Betroffenen geschaffen. Der Verzicht auf neue Abbaugelände ist zugleich aber die logische Konsequenz aus den vereinbarten Zahlen. Nach Inkrafttreten eines deutschen Kohleausstiegsgesetzes und einer Einigung der Kraftwerksbetreiber mit der Bundesregierung ist damit zu rechnen, dass der Abbau des Sonderfeldes Mühlrose nicht mehr genehmigt oder die Genehmigung vor Gericht gekippt wird.

Hannelore Wodtke ist Mitglied der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung.



Gegenseitig zuhören – lernen sich zu verstehen – gemeinsam handeln!

VON HANS-GEORG BAASKE

Es gibt inzwischen nur noch wenige Orte in der Lausitz, die wie Mühlrose deutlich machen, was wir Menschen mit unserem immer größeren »Hunger nach Energie« einer Landschaft und den dort lebenden Menschen, Tieren und Pflanzen antun. Seit über 50 Jahren fressen sich die Bagger auch in Ihre Landschaft. Schon über 300 Mühlroser haben ihr Heimatdorf verlassen. Und jeden weiteren Tag bewegen sich die Bagger durch den Tagebau Nochten.

Da ist es nur zu gut zu verstehen, dass die Menschen Angst haben. Angst davor, dass auch sie ihre Heimat verlieren, obwohl das Ende der Braunkohleverstromung nun endlich benannt ist und sie nach all den Jahren trotzdem bleiben wollen. Angst davor, dass Menschen nach jahrelangem Ringen und Streiten keine finanziellen Möglichkeiten bekommen könnten, um einen Neuanfang an anderer Stelle zu wagen. Angst haben auch die Menschen, die seit Generationen in der Kohle arbeiten, obwohl überall betont wird, dass der Kohleausstieg sozialverträglich zu gestalten ist.

Uns Christen und unserer Kirche ist der Auftrag gegeben, bei den Menschen zu sein. Das heißt zunächst einmal und ganz zuerst, den Menschen zuzuhören. Unvoreingenommen und ehrlich zugewandt, um dann besser verstehen zu können, wie die Situation ist. Das tun Christ*innen und viele kirchliche Mitarbeiter*innen täglich. Meine Bereitschaft, als Leiter des Umweltbüros

der Landeskirche, zu kommen und zuzuhören, habe ich beim »Osterspaziergang 2018« den Mühlrosern gegenüber erklärt. Diese Bereitschaft besteht weiterhin. Verbunden mit der Bereitschaft zum Zuhören ist zugleich der Auftrag Gottes an uns. Die Bibel ist eindeutig: Gottes Schöpfung geschaffen zum Leben. Entsprechend klar und unmissverständlich ist Gottes Auftrag, seine Schöpfung zu bebauen und zu bewahren. Mit dem Bewahren hapert es aber seit langem. Klimawandel, Umweltzerstörung, Naturverbrauch – das sind Tatsachen, die immer folgenschwerer für uns, für unsere Welt und



vor allem für unsere Kinder, Enkel und Mitgeschöpfe sein werden. Jetzt ist unser Handeln gefragt!

Unsere Landeskirche positioniert sich seit den 90er Jahren deutlich. Im Jahr 2009 hat die Landessynode, das höchste Entscheidungsgremium unserer Kirche, den Beschluss zum »Einstieg in den Ausstieg« gefasst. In diesem wird gefordert:

- sofortiger Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung in der Lausitz,
- Verzicht auf Tagebaueuenaufschlüsse,
- Verzicht auf die Abbaggerung weiterer Dörfer,
- Verzicht auf den Bau weiterer Braunkohlekraftwerke.
- Durch Auskohlung vorhandener Tagebaue ist ein sozialverträglicher Ausstieg sichergestellt.

»In Verantwortung für die nächsten Generationen und für die Schöpfung« sprechen sich die Synodalen dafür aus, den Strukturwandel in der Lausitz bewusst zu begleiten. Dieser soll eine Zukunft der Region ohne Braunkohleverstromung in absehbarer Zeit ermöglichen. Dabei betonen sie, dass die Landeskirche »politische und seelsorgerische Verantwortung gegenüber allen Betroffenen« hat - das heißt sowohl für die von Abbaggerung als auch von Arbeitsplatzverlust Bedrohten. Durch das im September 2017 eingerichtete »Zentrum für Dialog und Wandel« in Cottbus hat unsere Kirche ihr eigenes Engagement noch einmal verstärkt. Hier wird der Strukturwandelprozess kirchlich begleitet und mitgestaltet.

Die Aufgabe, möglichst schnell aus der Braunkohleverstromung auszusteigen, fordert von uns allen gemeinsame Anstrengungen und zukunftsorientierte Lösungen der Probleme, die heute und in Zukunft anstehen. Das Gute ist: Es gibt ja schon längst Erfahrungen mit dem Strukturwandel in der Lausitz. Zusammen mit den Wissenschaftsstandorten und den gut ausgebildeten Fachkräften sind die Voraussetzungen für einen ernsthaften, intensiv gestalteten und sozialverträglich organisierten Strukturwandel jetzt sehr gut.

Problematisch ist auch der Umgang mit den Menschen, die im Bergbau arbeiten. Sie leben von der Kohle und leben aber auch in der Landschaft, die sie durch den Abbau zerstören. Sie sind nicht für die jahrzehntelangen Versäumnisse von Politik und Wirtschaft verantwortlich.

Auch der Umgang mit den Menschen, die seit Jahren wegziehen wollen, aber hingehalten werden, ist sehr problematisch. Sie, die sich entschieden haben, an anderer Stelle neu anzufangen, brauchen dafür sichere Rahmenbedingungen. Hier ist der Umsiedlungsvertrag der LEAG mit der Gemeinde Trebendorf ein wichtiger Schritt. Dieser Vertrag bedeute keinesfalls das Ende des

Dorfes Mühlrose, denn ein Betriebsplan für das »Sonderfeld Mühlrose« ist bisher weder beantragt, noch geprüft und auch nicht genehmigt! Niemand ist gezwungen wegzuziehen.

Risse, verursacht durch den Braunkohleabbau, gehen nicht nur durch Häuser und Straßen, sondern auch durch Dorfgemeinschaften und Familien. Damit muss Schluss sein und somit muss Schluss gemacht werden mit der Braunkohleverstromung!

Die Herausforderung zur notwendigen Erreichung der Klimaschutzziele 2030 werden wachsen. Die Landesregierungen in Sachsen und Brandenburg werden nun daran gemessen, wie ernsthaft sie sich für eine Zukunft der Lausitz ohne Kohle einsetzen. Die Zukunft der LEAG hängt davon ab, dass sie sich heute nicht nur um ihre Gewinne kümmert, sondern realistische Rücklagen bildet, um auch langfristig die notwendige Renaturierung ohne Rückgriff auf Steuergelder bezahlen zu können. Die Landesregierungen haben dafür zu sorgen, dass diese Rücklagen tatsächlich gebildet und gesichert werden. Unsere Landeskirche wird auch daran gemessen, wie sie mit ihren Klimaschutzziele umgeht.

Alle Akteure in der Lausitz in ihren unterschiedlichen Situationen, Ängsten und Hoffnungen müssen einbezogen werden. Insbesondere muss die Zivilgesellschaft in die Entwicklung und Umsetzung neuer Projekte für die Lausitz stärker eingebunden werden. Dazu gehören auch Gelder für eigene, zivilgesellschaftliche Projekte, die unabhängig vergeben werden.

Ja, es gibt keine einfachen und für alle gültigen Lösungen. Ja, der Weg in eine gute Zukunft der Lausitz ohne Braunkohleverstromung wird nicht einfacher, aber wir können ihn gemeinsam gehen. Auch und vor allem mit der Zusage Gottes: »Der Friede Gottes sei mit euch allen«.

Umweltbüro der EKBO: Tel. 030-24344-418 oder h.baaske@ekbo.de



Hans-Georg Baaske
ist Leiter des Umweltbüros der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Grußwort von Fridays for Future



VON JOSCHUA WOLF

Das erste verlassene Dorf, das ich betreten habe, war Immerath in der Nähe des Braunkohletagebaus Garzweiler. Leere Straßen, zugemauerte und verschlossene Fenster und Türen, geistige Stille. Nur wenige waren noch geblieben, in vielleicht zwei Häusern brannte noch Licht. Der Rest war gespenstisch leer. Alles deutete darauf hin, dass hier Mal eine große Dorfgemeinschaft zusammengewohnt, gelacht und gefeiert hatte. Wie in einem apokalyptischen Film lagen Koffer und Kleidungsstücke in den Gassen und die Natur eroberte sich langsam das Dorf zurück. Die eindrucksvolle Kirche, der Immerather Dom, er stand damals noch, mit seiner beeindruckenden Schönheit. Inzwischen ist der Dom abgerissen und auch der Rest von Immerath verschwindet langsam. Die Bagger fressen sich in die Leere der Gemeinde, tragen Jahrhunderte alte Häuser und Höfe ab.

Für mich waren diese Eindrücke sehr prägend, das alles erschien mir surreal und machte mich wütend und traurig zu gleich. Die Menschen werden umgesiedelt, bekommen neue Dörfer zugewiesen. Aber können sie die Jahrhunderte lang gewachsene Dorfgemeinschaft ersetzen? Ich denke nicht.

Ich bin selbst in einem Dorf in Bayern aufgewachsen. 350 Einwohner*innen, 936 Menschen in der gesamten Gemeinde. Ich weiß, was Dorfgemeinschaft bedeutet. Ich kann verstehen, warum sich manche Menschen dort verwurzelt fühlen und warum das alles nicht zu ersetzen ist. Die Erinnerungen, wenn man sein ganzes Leben dort verbracht hat. Die Kirche, in der man getauft wurde und in der man spä-

ter vielleicht sogar geheiratet hat oder die Wiesen und Felder auf denen man schon als Kind gespielt hat. Aus dieser Welt wird man herausgerissen. Wenn man die Kohlebagger sieht, wie sie sich langsam auf dein Zuhause zufressen und dich zu verschlingen drohen. Eine alte Industrie, die dem Untergang geweiht ist und trotzdem immer noch unser aller Existenz bedroht. Wie sich das anfühlt - ich kann es als jemand, der seine Heimat behalten wird, nicht nachempfinden - dennoch tut es mir weh.

Wenn wir als Fridays for Future auf die Straßen gehen und für Klimagerechtigkeit demonstrieren, dann geht es um die Menschen im globalen Süden, die die Folgen unseres Handelns und Wirtschaftens als erste treffen werden. Dann geht es um Inseln, die im Meer versinken, aber es geht eben auch um Dörfer, wie Mühlrose, die in Löchern verschwinden sollen. Ich kann jeden von euch verstehen, der froh ist, über die Gewissheit, dass es vorbei sein soll. Über die Gewissheit, euer Zuhause für immer zu verlassen und neu anzufangen.

Aber die Zeit der Kohle läuft ab. Es sind schon zu viele Existenzen zerstört worden, für eine Industrie, die die Klimakrise wie keine andere angeht. Wir ziehen eine rote Linie, wir sagen: Bis hier hin und nicht weiter!

Ich will euch sagen, gebt nicht auf, resigniert nicht. Ihr seid nicht allein, die Kinder dieser Welt, sie stehen auf und rebellieren. Wir von Fridays for Future fordern einen Kohleausstieg bis 2030, damit wäre Mühlrose gerettet.

Wir stellen uns der Ungerechtigkeit in den Weg. Die Proteste rund

um den Hambacher Wald haben gezeigt, dass wir als geeinte, vielfältige Bewegung stärker sein können, als die Konzerne dieser Welt. Wir rücken Zwangsumsiedlung, Kulturverlust, soziale Zermürbung und Klimazerstörung ins Licht der Öffentlichkeit. Wir stehen ein für Generationengerechtigkeit und wir wollen jedem sagen, der bleiben möchte: Du bist nicht allein! Eine Dorfgemeinschaft kann stärker sein als jeder Großkonzern dieser Welt. Erinnerungen, das Gefühl Zuhause zu sein und Gemeinschaft sind mehr wert als dreckige Gewinne für einige wenige Investoren. Resigniert nicht, gebt nicht auf, dieser Kampf ist noch nicht verloren. Mühlrose hat eine Zukunft und die Zeit der Braunkohle läuft ab.

Alle Dörfer bleiben!



Joschua Wolf ist Aktivist bei Fridays for Future Berlin

Bilder: Oliver Feldhaus

Aktionsbündnis fordert Erhalt der Straße von Rohne nach Mühlrose

Im Herbst 2017 führte der Regionale Planungsverband eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zum Braunkohlenplanverfahren Tagebau Nochten durch. Auch wenn die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Öffentlichkeit später stattfinden wird, beteiligte sich das Aktionsbündnis »Strukturwandel jetzt – kein Nochten II« frühzeitig mit einer Stellungnahme, die bei einem Treffen des Bündnisses umfangreich diskutiert wurde. In der Stellungnahme heißt es unter anderem:

1. Wir fordern die Verkleinerung des Abbaubereiches 1 durch Erhalt der Mühlroser Straße und einen Mindestabstand des Tagebaues von 400 Metern zu Wohnbebauung, Kindergärten und Friedhöfen.

Ein Erreichen der bisher festgelegten Abbaugrenze des Abbaubereiches 1 ist für die Bewohner der angrenzenden Orte nicht zumutbar. Die tagebaubedingten Belastungen können dabei nicht allein an der Einhaltung von Lärm- oder Staubgrenzwerten gemessen werden, sondern müssen beispielsweise auch psychische Folgen berücksichtigen. Der Mindestabstand von 400 Metern entspricht zum Beispiel dem Abstand, den nach der energiepolitischen Leitentscheidung der nordrhein-westfälischen Landesregierung der Tagebau Garzweiler zum Schutz des Ortes Holzweiler einhalten muss. Der Erhalt der Mühlroser Straße sichert den gewachsenen landschaftlichen Bezug für die nun vor der Umsiedlung bewahrten Orte Rohne, Mulkwitz und Schleife südlich der Bahn.

Mehrere Gutachten gehen davon aus, dass bei einem klimaschutzgerechten Auslaufen der Braunkohleförderung in der Lausitz nicht nur

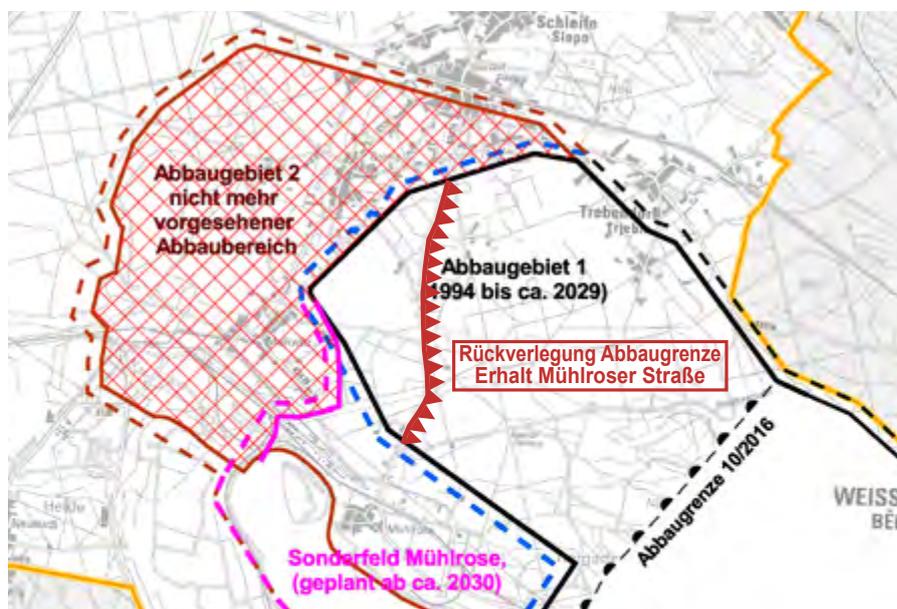
neue Abbaubereiche vermieden werden, sondern auch in den durch Rahmenbetriebspläne genehmigten Tagebauen Kohle im Boden bleiben muss. Je nach den konkreten Annahmen liegt die Menge dieser Kohle zwischen 266 Millionen Tonnen (Eckpunkte für einen Kohlekonsum, Agora Energiewende 2016) und 542 Millionen Tonnen (Zukunft Stromsystem – Kohleausstieg 2035, WWF 2017). Angesichts des Stellenwertes des Klimaschutzes als zwingendes öffentliches Interesse muss die Braunkohlenplanung von einer Entwicklung in dieser Spanne ausgehen.

In energiewirtschaftlichen Szenarien können diese Kohlemengen weitgehend zwischen den einzelnen Tagebauen verschoben werden. Der Raumordnung kommt die Aufgabe zu, nicht benötigte Kohle räumlich dort zu konzentrieren, wo dies die tagebaubedingten Schäden für die Allgemeinheit am besten zu minimieren hilft. Dies ist beim Schutz der oben genannten tagebaunahen Ortschaften der Fall, zumal dadurch gleichzeitig geringere Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt

und die Sulfatbelastung der Spree zu erwarten sind.

2. Wir lehnen den Abbau des Sonderfeldes Mühlrose ab. Die Daseinsvorsorge und Lebensqualität sind in Mühlrose durchgehend zu sichern.

Ein Abbau des Sonderfeldes Mühlrose ist aus energiewirtschaftlicher Sicht nicht mehr erforderlich und aus klimapolitischer Sicht nicht mehr verantwortbar. Soweit Bürgerinnen und Bürger von Mühlrose aufgrund der Belastungen durch den Tagebaubetrieb eine Umsiedlung wünschen, ist diese durch das Bergbauunternehmen durchzuführen. Die Dorfstruktur von Mühlrose ist auch in diesem Fall zu erhalten.« Der Planungsverband bestätigte mit Schreiben vom 10. Oktober 2017, dass er die Vorschläge des Aktionsbündnisses »Strukturwandel jetzt – kein Nochten II« als zusätzliche Daten für die Entwicklung der Entwurfsfassung des neuen Braunkohlenplanes zur Kenntnis genommen hat.



Originalkarte Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien / Zusatz Zurückverlegung Abbaukante (rote Markierung) Aktionsbündnisses Strukturwandel jetzt – kein Nochten II



Ein Ort mit einzigartigen Voraussetzungen – das Zukunftsdorf Mühlrose?

VON ADRIAN RINNERT

Bild: Wikimedia Commons / René Mettke

Wird Mühlrose stehen bleiben oder nicht? Eine klare, verlässliche Antwort darauf wird man vielleicht nicht schnell bekommen. Was die meisten nicht sehen ist: Gerade deswegen hat Mühlrose Potenzial, etwas ganz Besonderes zu werden. Ein wunderschönes Dorf, in dem bald bedenklich viele Höfe leerstehen werden, mitten in einer Region, die einen Strukturwandel gestalten soll. Niemand will doch ernsthaft ein zweites Tzschelln – ein Dorf abzureißen und dies anschließend zu bedauern, weil es nicht notwendig war. Solange nicht klar ist, ob Mühlrose dem Bagger zum Opfer fallen wird, ist Mühlrose der ideale Ort, um etwas Besonderes auszuprobieren. Wie wäre es, wenn Menschen aus Mühlrose eine Einladung aussprechen? Eine Einladung an Menschen, die gerne etwas bewegen möchten, etwas gestalten und schaffen wollen. An Menschen, die sich vorstellen, genau dies in der Lausitz auf einem Hof in Mühlrose zu tun. Vom Lausitzer Startup bis zum Internationalen Kunstprojekt wäre vieles möglich. Der Strukturwandel in Kohleregionen wie der Lausitz wird gerade weltweit diskutiert und es wäre mehr als spannend zu erleben, wer eine solche Einladung annehmen würde.

Natürlich müssten klare Voraussetzungen definiert werden, was geht und was nicht geht. Alles müsste professionell begleitet werden, wofür die Hochschulen der Region sicher gern zur Verfügung stehen.

Was wäre ein möglicher Rahmen? Die Situation muss ehrlich kommuniziert werden, damit allen Beteiligten klar ist, dass es zwei mögliche Entwicklungen gibt: Entweder handelt es sich um ein zeitlich begrenztes Projekt, bei dem alle Erfahrungen sammeln und von einander

lernen können. Oder um ein Projektdorf, das dauerhaft zum Leuchtturm für Möglichkeiten der Dorfentwicklung in strukturschwachen Regionen werden kann. Abmachungen sollten vorher festgehalten werden, damit auch der Tagebaubetreiber als Besitzer der verlassenen Grundstücke eine Sicherheit hat. Das Modell einer Stiftung könnte vielleicht eine Möglichkeit dazu sein.

Was wären die Vorteile? Der Tagebaubetreiber hätte die Möglichkeit, etwas für die Region zu tun, im Ausgleich für das, was er aus ihr unter großem Schaden gewinnt. Menschen bekommen die Chance, die verwaisten Höfe zu gestalten. Dadurch wird Mühlrose lebendig bleiben und in der Region wird das Zukunftsdorf Impulse setzen, innovativ den Strukturwandel bereichern. Jeder kann daraus etwas für sich gewinnen, egal was es zu bewältigen gibt.

Wann, wenn nicht jetzt, gäbe es in der Region einen Anlass darüber nachzudenken, welche Chancen die Situation in Mühlrose vielleicht bieten kann.

Adrian Rinnert, aktiv beim Aktionsbündnis »Strukturwandel jetzt – Kein Nochten II«



Passt auf euch auf!

So sagt man, wenn man liebe Menschen verabschiedet und sich Sorgen um sie macht: Um ihr Wohlergehen, um ihre Gesundheit, oder einen sicheren und unfallfreien Weg.

Sie, liebe Mühlroserinnen und Mühlroser, stehen vor einem schweren Weg und einer schweren Entscheidung, egal ob Sie umsiedeln oder lieber in Mühlrose bleiben wollen, oder ob Sie gegen Ihren Willen umgesiedelt werden und an einem neuen Ort heimisch werden müssen, sich dagegen wehren oder nicht ... oder ob Sie einfach noch nicht wissen, wofür sie sich entscheiden sollen:

Für Körper und Seele ist diese Entscheidung und der dazugehörige Weg eine enorme Belastung. Denn neben den alltäglichen Herausforderungen von Haus und Hof, dem Beruf und der Familie sind immer Fragen, Sorgen und Ängste bewusst oder unterbewusst da:

- Werde ich es schaffen, noch einmal neu anzufangen?
- Werde ich in der Fremde heimisch werden?
- Was wird mit meinen Erinnerungen?
- Darf die Totenruhe auf dem Mühlroser Friedhof ein weiteres Mal gestört werden?
- Wie werde ich den unwiederbringlichen Verlust meiner vertrauten Heimat verkraften, dass ich Haus und Hof, den Blick aus dem Fenster und die Bank vor dem Tor, liebgewordene Wege und die Landschaft nie mehr wiedersehen kann?

Manche werden denken: Das stecke ich alles locker weg; mit dem vielen Geld baue ich mir alles neu und besser auf ... Dann ist ja gut! Hoffentlich stimmt's!

Manche befürchten: Das alles wird gravierende Folgen für Leib und Seele haben, sie haben Angst vor schlaflosen Nächten und Alpträumen, befürchten zunehmende körperliche Beschwerden, grübeln, sich zurückziehen, depressive Verstimmungen, Aggression, Stimmungsschwankungen und das Ohnmachtsgefühl, allem einfach ausgeliefert zu sein.

Denn Fakt ist: Es gibt keine sozialverträgliche Umsiedlung! Kein Geld der Welt kann ihre körperliche und seelische Gesundheit wieder gut machen. Deshalb: Bei allem, was Sie derzeit durchmachen: Passen Sie auf sich auf!

Suchen Sie sich Kraftquellen, wo sie auftanken können! Das kann ganz unterschiedlich aussehen :

- Sport / Bewegung – Raus in die Natur!
- Wegfahren – Neues erleben!
- Freunde und Bekannte treffen
- Auf andere Gedanken kommen, sich selbst verwöhnen – einmal Essen gehen, sich Massagen verschreiben lassen, ins Konzert oder Theater gehen ...
- Sich seelsorgerliche / psychologische Hilfe suchen (dafür brauchen sich keiner zu schämen!)
- Schreiben Sie alle ihre Gedanken auf!

Denn es ist in Ordnung, wenn Sie bei all den Strapazen erst einmal nur an einen einzigen Menschen denken; und es ist in Ordnung, wenn dieser Mensch Sie selbst sind.

Ich denke an Sie und bete für Sie!
Pfr. i. R. Mathias Berndt



Pfarrrer Berndt war
Seelsorger für die vom Braunkohletagebau Betroffenen im
Kirchenkreis Cottbus

**Sie haben Fragen zu den Inhalten dieses Heftes? Sprechen Sie mit uns:
0151-25716179, muehlrose@t-online.de**